

Vorschulgeheimnisse, offen- gelegt

Wolfgang Fritz Haug, *VorSchule zur Philosophie der Praxis, Argument / Inkrit, Berliner Beiträge zur kritischen Theorie, Bd. 22, Argument-Verlag, Hamburg 2021, 445 Seiten, 28,00 Euro*

Der Autor, WFH, initiierte, konzipierte und edierte (inzwischen mit anderen gemeinsam) das von einem international zusammengesetzten *Wissenschaftlichen Beirat*, einer *Redaktion*, einer speziellen *Werkstatt* sowie einer *Internetpräsenz* unterstützte, von verschiedenen Stiftungen begünstigte *Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus*. Nach zehnjähriger, zum einhundertsten Geburtstag von Karl Marx 1983 begonnener Vorarbeit erblickte 1994 der erste HKWM-Band das druckgeschwärzte Licht der Welt. Von den geplanten, durch die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* „natürlich“ ungeförderten 15 Bänden mit ihren etwa zweitausend Lemmata in Gestalt von Begriffen, Bildern, Metaphern, Redeweisen und Topoi (Personen leider nicht) sind inzwischen die Bände 1 bis 9 I (in zwölf Büchern) erschienen. Eine Konkurrenz von Wikipedia braucht das HKWM übrigens nicht zu fürchten; dazu haben die sorgfältig ausgewählten Autoren eine zu eigenwillig-souveräne Handschrift und ihre Entwürfe hatten zumeist vor ihrer Drucklegung bereichernde Diskussionsphasen zu durchlaufen. Doch nun ist das „Jahrhundertwerk“ (Oskar Negt) ins Stocken geraten: Auf die Begriffe *Mitleid* bis *Zynismus* haben wir noch etwas zu warten.

Dafür hat Haug jetzt in Ergänzung zu seinem Werkstatt-Journal „Jahrhun-

dertwende“ (Hamburg 2016, 877 Seiten) eine umfangreiche „Vorschule zur geschichtsmaterialistischen Philosophie der Praxis“ publiziert. Gelegentlich – sogar auf dem Buchtitel! – operiert er mit dem sprachlichen Stolperstein „VorSchule“. Als Motto dient ihm seine Abwandlung eines bekannten Satzes aus dem Matthäusevangelium, Kapitel VII: „An den Früchten können wir sie erkennen“.

Es handelt sich um ein bewundernswert konzipiertes Werk. In Objekt und Struktur ist es einmalig. Sein Gegenstand ist nämlich Haug selbst, als ein Philosoph, von dem bekannt ist, dass er Debatten gegenüber Dogmen bevorzugt und als Gegner eines bloß verbalen Marxismus keinerlei Anlass sieht, seinen Erkenntnisweg, der ihn auch in die Mitgliedschaft der *Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin* führte, zuzudeckeln. Er hat – unter Ausklammerung von allem Höchstpersönlichen, versteht sich – das eigene Ich, seine eigene Wissenschaftsentwicklung und -produktion zum Gegenstand seines Nachdenkens und Produzierens gemacht. Dabei geht er nicht etwa autobiographisch vor; vielmehr werden seine Erkenntnisergebnisse anhand seiner von ihm selbst vor allem im *Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus* publizierten Texte wiederabgedruckt, also erneut nachlesbar gemacht. Sie werden aus jetziger Sicht von ihm als von einem in der Marx-Nachfolge Denkenden bewertet, und zwar zeitlich „nach dem letzten Akt der Tragödie des europäischen Staatssozialismus“.

Das Ganze geschieht auf vier verschiedenen Zeit-Ebenen, beginnend mit Freilegungen, fortgeführt mit Impulsen und endend mit einem Neubeginn, der

die philosophische Dialektik zu einer praktischen Dialektik werden lässt und sich als eine Philosophie der Praxis erweist. Im Argumentationsreichtum des Werkes findet sich außer einem souveränen Umgang mit den Originaltexten von Marx/Engels in ihrer Gesamtheit ein Pro und Contra vielfältiger Art zwischen einem sich vor allem auf Labriola und Gramsci, auf Benjamin und Brecht berufenden Haug einerseits und anderen Intellektuellen, von denen hier ohne Vollständigkeits- und Wertungsabsicht wenigstens genannt seien: Joachim Bischoff, Michael Brie, Manfred Buhr, Wolfgang Eichhorn, Erich Hahn, Frigga Haug, Hans Heinz Holz, Klaus Holzkamp, Sabine Kebir, Alfred Kosing, Thomas Metscher, Igor Narski, Peter Ruben, Hans Jörg Sandkühler, Josef Schleifstein, Gottfried Stiehler und Friedrich Tomberg. Dabei treten die internationalen wie die nationalen Gegensätze in Gestalt der realen Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte in den Hintergrund; sie finden sich selten und höchstens widerspiegelt in den Ideen und Illusionen publizierender Philosophen und Psychologen, die in einem spannenden Gedankengeflecht miteinander verwickelt sind. Sie gehören jedenfalls ins theatrum mundi, etwa wenn die von ernst zu nehmenden Autoren unternommenen Versuche, ausgerechnet Gramscis Hegemoniebegriff mit Stalins Diktaturbegriff in Übereinstimmung zu bringen, von Haug zurückgewiesen werden müssen.

Etwas Kritikbedürftiges darf nicht unerwähnt bleiben: Während Haug dem mit der DKP verbundenen *Institut für marxistische Studien und Forschungen* (IMSF) zubilligt, dass es in „argumentierender Koexistenz“ mit seinen

(Haug) eigenen Auffassungen „wirkliche Forschung betreibt“, pauschalisiert er bei seiner an sich berechtigten Kritik an gewissen „Verkirchlichungserscheinungen“ des in der DDR vertretenen Marxismus-Leninismus, den er in seiner „Bloßlegung des Elends der DDR-Philosophie in ihrer staatsideologischen Degradierung zur Magd der Parteiführung“ charakterisiert. Es hat doch aber in der gewesenen DDR auch wirkliche Philosophie-Forschung von Marxisten gegeben, nachzulesen in Dutzenden von Monographien und Editionen, auch international respektierte Mitgliedschaften, etwa in der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie* sowie der *Internationalen Hegel-Gesellschaft*. Es könnte sein, dass Haugs Verdammungsurteil nicht unbeeinflusst ist durch die ihm von Offizial-Philosophen der DDR zuteil gewordene Kondemnation: er sei dem Sumpf einer ideologiebetreibenden Gironde zugehörig. – Inzwischen hat Haug längst auch in der DDR sozialisierte Wissenschaftler in den Autorenkreis des HKWM aufgenommen, einen sogar in dessen Herausgeberkreis.

Hermann Klenner

Formwandel des Kapitalismus

Jörg Goldberg, *Ein neuer Kapitalismus? – Grundlagen historischer Kapitalismusanalyse*, PapyRossa, Köln 2021, 193 Seiten, 14,90 Euro

„Ein neuer Kapitalismus?“, fragt Jörg Goldberg im Titel seines Büchleins, das jüngst bei PapyRossa erschienen ist. Goldberg geht davon aus, dass der Kapitalismus im Laufe seiner Geschichte seine Form mehrfach verändert hat und sich damit gegen alle Un-

tergangsszenarien, Theorien vom großen Kladderadatsch oder vom Spätkapitalismus als deutlich langlebiger, heute würde man sagen: als resilienter erwiesen hat, als von den Kritikern dieser Gesellschaftsformation erwartet und früh vorausgesagt. Seine Widerstandsfähigkeit oder seine Überlebensfähigkeit gewinnt der Kapitalismus durch seine Anpassungsfähigkeit an veränderte oder unterschiedliche ökonomische, politische oder geografische Verhältnisse, was einschließt, dass er seine Form wandelt oder wandeln kann. Goldberg fragt, ob nach dem Finanzcrash 2008 oder nach der Krisenperiode 2008/2020, also bis zur Coronakrise, ein Formwandel des Kapitalismus zu erwarten ist. Und er gibt schon auf Seite 8 die Antwort: „Ob die Krisenperiode 2008/2020 damit einen Bruch im Entwicklungsprozess der kapitalistischen Produktionsweise markiert und die durch den Neoliberalismus geprägte Entwicklungsphase beendet, kann zuverlässig aber erst aus einer zeitlichen Distanz entschieden werden.“ Aber er hält eine Veränderung des Akkumulationsregimes, einen Formwandel des Kapitalismus für wahrscheinlich, wenn er schreibt: „Das wird – angesichts der globalen politischen Kräfteverhältnisse – nicht zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise führen. Es spricht aber einiges dafür, dass ihre Überwindung eine neue Entwicklungsstufe des globalen Kapitalismus einleitet, die allerdings nicht notwendig harmonisch bzw. mit einer erneuerten wirtschaftlichen Belebung verbunden sein muss.“ (47) Diese Offenheit oder Uneindeutigkeit mag den einen Leser oder die andere Leserin enttäuschen, entspricht aber der wissenschaftlichen

Redlichkeit, mit der Goldberg vorgeht.

Was aber untersucht er, wenn er auf die drängende Frage dann doch eher und zu Recht abwartend antwortet? Goldberg vollführt einen Parforceritt der Raison durch unterschiedliche Ansätze der ökonomischen oder polit-ökonomischen Theorie und ergründet, bewertet und vergleicht deren Krisendiagnosen. Dabei rekurriert er nicht nur auf die durch Marx inspirierten Autoren, sondern bezieht auch die „bürgerlichen“ Autoren wie Keynes – der am Ende gar geadelt wurde – oder Schumpeter in seine Überlegungen ein. Dieser Durchgang durch die Geschichte der ökonomischen Theorie mit Blick auf Krisen Erklärungen und Zukunftserwartungen macht das Buch einerseits sehr spannend und andererseits auch zu einer eher schwierigen Lektüre. Man muss schon einige Vorkenntnisse haben, will man dem Argumentationsstrang folgen und ihn möglicherweise auch noch kritisch reflektieren.

Ab Seite 30 diskutiert Goldberg unter der Überschrift „Organische Zusammensetzung des Kapitals, Typen des technischen Fortschritts und das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ eine der Krisendiagnosen. Den technischen Fortschritt erklärt Goldberg – ein wenig –, indem er zwischen arbeitssparendem und kapitalsparendem technischem Fortschritt unterscheidet. Aber was organische Zusammensetzung des Kapitals ist und wie sie zum tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate führen könnte, erklärte er nicht, oder so knapp, dass man seine klugen Überlegungen ohne Vorwissen nicht nachvollziehen kann. Er schreibt für die Kennerin der Diskussion. Für diese hat seine gedrängte Schreibweise allerdings den Vorteil, dass man sich nicht

durch 500 Seiten rabotten muss, um zu den Kernthesen zu gelangen.

Wie lauten diese nun: Goldberg zeigt, dass viele Krisenerklärungen unzureichend sind oder fälschlich mit der Krise auch das Ende des Kapitalismus prophezeit wurde. Der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate etwa sei empirisch nicht nachweisbar und in der Diskussion werden nicht ausreichend zwischen dem stofflichen und der Wertzusammensetzung des Kapitals unterschieden, was mit Blick auf die Bedeutung von technischen Innovationen wie der Digitalisierung für eine Neuformierung des Kapitalismus und als Gegenteil zum Fall der Profitrate allerdings relevant sei. Goldberg resümiert: „Es erscheint daher fraglich, ob das ‚Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate‘ in der im dritten Band des Kapitals entwickelten Form auf die sehr lange Frist und auf Perioden tiefgreifender technologischer Umbrüche anwendbar ist.“ (37) Skeptisch ist Goldberg auch, ob sich die Theorie der langen Wellen in der kapitalistischen Ökonomie von Kondratieff, die Kondratieff-Zyklen, beweisen lassen, die dann ebenfalls zu der Annahme führen, dass mit technischen Neuerungen eine neue Phase, eine Aufwärtsbewegung der Welle verbunden ist.

In diesem theoretischen ersten Teil des Buches analysiert Goldberg weiter die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der „Regulationstheorie“, der Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (SMK) und der „Sozialen Struktur der Akkumulation“ (SSA) – letztere wurde in Deutschland wenig, in den USA mehr rezipiert. Zur Überraschung des Lesers stellt er viele Gemeinsamkeiten dieser Theorieansätze fest, die einstmalig Bezugspunkt für

theoretische Streitigkeiten und politische Fraktionierungen innerhalb der Linken waren. Goldberg geht mit einem erfrischenden Blick von oben oder des zeitlich Späteren an diese Theorien heran und verwendet sie gleichsam respektlos als Steinbruch für seine Argumentation. Er resümiert: „Alle drei Ansätze gehen davon aus, dass die empirisch feststellbare Abfolge von Phasen stabilen Wachstums mit längeren Krisen- bzw. Depressionsperioden nicht allein aus endogenen Widersprüchen des Akkumulationsprozesses abgeleitet werden kann. Nur durch Einbeziehung des institutionellen und politischen Umfeldes könne der Phasenwechsel erklärt werden.“ (70 f) Obwohl Goldberg die Ansätze und Theorien vorstellt und wertend vergleicht, entscheidet er sich nicht wirklich für die eine oder andere. Auch die „Theriefamilie“, die der Annahme folgt, dass technologische „Basisinnovationen“ die Strukturen des Akkumulationsprozesses verändern, verwirft er nicht vollständig, obgleich er Schwächen benennt. Die ökonomischen Ansätze, tendenzieller Fall der Profitrate und lange Wellen, seien mit der Regulationstheorie, SMK und SSA nicht völlig inkompatibel. Wenn man eine Präferenz vermuten soll, neigt Goldberg wohl zum SSA-Ansatz.

Der zweite Teil des Buches ist etwas leichter zugänglich. Goldberg erläutert historisch vergleichend die „Großen Krisen“ des Kapitalismus, die zu einem Formwandel führten, in Abgrenzung zu den zyklischen oder konjunkturellen Krisen, um schließlich in eine Analyse der Krisenperiode 2008/2020 mit der Frage einzutreten, ob es sich heute um eine solche „Große Krise“ handelt. Wie eingangs schon angesprochen kommt

Goldberg zu keiner eindeutigen Prognose, sondern bietet verschiedene Entwicklungswege an, die der Kapitalismus zukünftig einschlagen könnte. Das bedeutet gleichzeitig, dass Goldberg seine Überwindung für wenig wahrscheinlich hält – wie denn auch und wer denn wohl, kann man nur sagen.

Nach der Diskussion von digitalem und grünem Kapitalismus im Verhältnis zur Kontinuität des neoliberalen Kapitalismus kommt Goldberg am Schluss des Buches dazu eine Periode der „neuen globalen Unordnung“ (187) zu skizzieren, die aus der Rivalität zwischen China und den USA entspringe oder aus dem Verlust der US-Hegemonie nach der Bipolarität. So staunt man am Ende über die düstere Perspektive: „Die einzige Organisation, die perspektivisch einen Rahmen bieten könnte, sind offensichtlich die nach der Asienkrise 1999 gegründeten und nach 2008 aufgewerteten G20, die alle großen globalen Akteure einbinden – sicherlich auf Kosten der kleineren Länder. ... Eine brandgefährliche Alternative dazu sind Versuche, die Gruppe der sieben entwickelten Länder (G7) als dominantes globales Format wiederzubeleben und – erweitert um Länder des Indopazifik und Indien – als Block gegen China und Russland in Stellung zu bringen.“ (191 f) So scheint sich am Ende doch eine neue Konstellation abzuzeichnen, nämlich die neue globale Unordnung, die selbstverständlich auch Rückwirkungen auf die sozialen, politischen und ökonomischen Beziehungen in den Nationalstaaten hat. Goldberg zeichnet eine Wahl zwischen Regen und Traufe – eher Mist und Jauche.

Andreas Fisahn

System linearer Gleichungen

Manfred Hieke, Weltmacht Warenproduktion, Passage-Verlag, Leipzig 2021, 192 S., 14,50 Euro; mit einem Nachwort von Helge-Heinz Heinker

Manfred Hieke greift zentrale theoretische und praktische Fragen der Warenproduktion auf. Er knüpft an die Kreislaufmodelle von Marx, Leontieff und Sraffa an, will über sie hinausgehen, indem er Arbeitsgegenstände, Arbeitsmittel und Arbeitskräfte als monetäre Größen sowie Mehrwert- und Profitraten einbezieht. Für ihn ist die Mathematik „so etwas wie der rote Faden, um dem riesigen Komplex Warenproduktion Struktur zu geben.“ (8) Im Mittelpunkt seiner Analyse stehen lineare Gleichungssysteme in Matrizenform. Der Autor leistet, so Helge-Heinz Heinker im Nachwort, „einen eigenständigen Beitrag zur Entschlüsselung des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise.“ (170) Nach Arbeiten von Georg Quaas¹ liegt damit ein weiterer begrüßenswerter Entwurf vor, Zusammenhänge und Kategorien der marxistischen Politischen Ökonomie mathematisch zu erfassen und darzustellen.

In den ersten drei Abschnitten stellt der Autor die Ausgangsmodelle und das mathematische Instrumentarium vor. Im IV. Abschnitt erläutert er sein erweitertes Reproduktionsmodell und diskutiert den Zusammenhang zwischen der Geldmenge und den Preisen. Mit der Geldschöpfung der Banken und der staatlichen Finanzierung der

¹ Georg Quaas, Arbeitsquantentheorie, Frankfurt/M. 2001; Georg Quaas, Die ökonomische Theorie von Karl Marx, Marburg 2016 (vgl. Bespr. in Z 112).

Wirtschaft befasst er sich im Abschnitt V. Danach äußert er sich über Beziehungen zwischen Zins und Profitrate, die Einbeziehung der Dienstleistungen in das Reproduktionsmodell, den Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Profiten sowie über Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das Buch endet mit Bemerkungen über das digitale Geld.

Die Input-Output-Modelle sind eindrucksvoll und die mit ihnen durchgeführten Berechnungen zweifelsohne korrekt. Die Frage aber ist, ob die daraus gezogenen theoretischen und wirtschaftspolitischen Implikationen akzeptiert werden können. Das wäre möglich, würden sie die ökonomischen Prozesse adäquat abbilden und helfen, sie besser zu verstehen. Der Autor möge es mir nachsehen, dass ich als „notorischer, unverbesserlicher Apologet“ des Marxschen Originals bezweifle, ob man dem Wesen der kapitalistischen Reproduktion allein mit einem System linearer Gleichungen auf die Spur kommen kann. So spricht Hieke zwar von Werten – in seinen Gleichungen taucht das W für Warenwert auf – doch der Marxsche Arbeitswert ist damit nicht gemeint. Wie Brodbeck hält Hieke den Wert für eine „neue Kategorie“, die auf nichts anderes reduziert werden könne als auf sich selbst. Der Wert sei eine „nicht sicht- und greifbare gesellschaftliche Eigenschaft“, die keine physikalische Dimension habe. (10, 156) Er sei eine substanzlose Zahl, eine Relation, ohne Inhalt. Tatsächlich bedarf es in der Modellwelt Sraffas keines Arbeitswerts. Sraffas Produktionspreise stellen Relationen zwischen stofflichen Mengen dar. Eine beliebige Ware des Gleichungssystems wird als Bezugsgröße (Numéraire, Rechenein-

heit) gewählt. Der Preis einer Einheit des Numéraire-Gutes wird auf 1 normiert und die Preise der anderen Waren werden in Einheiten des Numéraire-Gutes ausgedrückt. (30 f) So verschwindet die entscheidende Tatsache, dass zur Herstellung der Waren Arbeit aufgewendet werden muss, so lange zumindest, bis mit künstlicher Intelligenz versehene Roboter die materielle Reproduktion vollständig allein erledigen, Menschen nur noch Wünsche äußern, Aufträge erteilen und entscheiden, auf welche sinnvolle oder sinnfreie Weise sie die freie Zeit totschlagen wollen – ein bisschen Science Fiction sei erlaubt. Dabei lassen sich auch Arbeitszeiten in Input-Output-Modelle integrieren. Zwar ist der Wert nicht „greifbar“, mystisch oder gespenstisch ist er aber nicht. Er entspricht dem Kehrwert der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität.² Kritiker würden sagen, die Rechnung beweise nicht die Existenz eines Arbeitswerts, da im Modell die Arbeit durch ein beliebig anderes Numéraire-Gut ersetzt werden könne. Das ist richtig. Das mathematische Modell beweist nichts weiter, als das ein quantifizierbarer ökonomischer Zusammenhang quantifiziert werden kann. Der Beweis für die Richtigkeit des Zusammenhangs muss mit ökonomischen Argumenten geführt werden. So kann zwar die Arbeit im Modell ersetzt werden, nicht aber in der realen Produktion, wenigstens nicht bis die Roboter ... s.o.

Nachdem der Wert als inhaltsleere Zahl gedeutet wurde, ereilt dem Geld durch den Autor das gleiche Schicksal. Auch es müsse verstanden werden als

² Klaus Müller, *Geld. Von den Anfängen bis heute*, Freiburg 2015, S. 65.

eine beliebige Relation – ein reines Zahlenverhältnis, ohne Inhalt. (34) Geld habe keinen Wert, „aber es repräsentiert Wert.“ (35) Wenn der Wert aber keine Arbeitssubstanz enthalte, nur als Zahlenverhältnis erfassbar sei (156), was repräsentiert dann Geld? Ein anderes Zahlenverhältnis, das des Werts?

Wie Sraffa schlägt Hieke vor, ein Warenaggregat als Maß der Werte zu benutzen. Er hält dafür das Nettoprodukt für geeignet. Es erfülle alle Voraussetzungen, die zuvor die Geldware Gold erfüllt hatte. (85 ff) Wie das praktisch funktionieren soll, bleibt weitgehend unklar. Außerdem scheint Tautologie vorzuliegen. Bedarf es nicht eines Dritten (der Arbeitszeit), um den Wert einer Ware als Teil des Werts des Warenaggregats Nettoprodukt auszudrücken? Wie außer in Bezug auf das gemeinsame Dritte sollen Relationen gefunden werden?

Dass der technische Fortschritt Grundlage der relativen Mehrwertproduktion ist, heißt nicht, wie Hieke anzunehmen scheint, dass moderne Produktionsmittel Mehrwert erzeugten, dieser ergo nicht nur aus unbezahlter Arbeit bestünde. (53) Sie und der technische Fortschritt seien die Quellen der Renditen. (55) Unbestritten ist, dass unter sonst gleichen Bedingungen (Werte, Preise) sinkender Produktionsmittelverbrauch zu mehr Profit – Extraprofit – führt. Technischer Fortschritt und Produktivitätsanstieg im gesellschaftlichen Maßstab ermöglichen es, dass sich die Zeit verringert, in der Arbeiter ein Äquivalent ihres Werts schaffen, die notwendige Arbeitszeit zugunsten der Mehrarbeitszeit sinkt. Der Mehrwert bleibt aber auch da nichts anderes als unbezahlte Arbeit.

Vielen Aussagen kann zugestimmt werden: über Unterschiede zwischen Erscheinungen und dem Wesen oder zwischen Kreditgeld und Papiergeld mit Annahmezwang, über die Kausalität zwischen Geldmenge und Preis. (95f, 157) Richtig auch, dass Werte in der Produktion entstehen, nicht im Tausch, und dass Zentralbanknoten keine, wie oft behauptet wird, Forderungen gegenüber der Zentralbank sind. (102) Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik werden realistisch beurteilt. (111 f, 121) Auch Aussagen über die Berechtigung einer Vermögensteuer und Zirkelschlüsse der Neoklassik sind zutreffend. Und dass die kapitalistische Warenproduktion den Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie verschärft (159), leugnet kaum noch jemand.

Doch richtige Aussagen mischen sich mit Widersprüchlichem. Es gibt Werte ohne Geld, „das Geld ist eben nicht a priori da.“ (26) Nur über den Wert könne man zum Geld kommen, betont Hieke richtig, gibt trotzdem Backhaus recht, der sagt, eine Werttheorie lasse sich nicht vor der Geldtheorie konstruieren. (18) Er stimmt Marx zu, dass das Geld als Maß der Werte selbst Wert haben muss, um anschließend zu behaupten; messen könne man auch mit abstrakten Zahlen, mit Relationen. Sie würden die gleiche Qualität von Maß und zu messender Größe sichern. (33) Die Auffassung ist verbreitet. Fast überzeugend hatte sie Georg Simmel geäußert.³ Ich hatte versucht, Einwände zu formulieren.⁴ Andere mögen beurteilen, ob sie mir geücker sind. Hie-

³ Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Berlin 1900, neu gedruckt 2009, Köln, S.158ff.

⁴ Klaus Müller, *Geld*, a.a.O.

ke hält Giralgeld und Bargeld für gleichwertig, da mit beiden Waren und Leistungen bezahlt werden. Doch es gibt einen qualitativen Unterschied zwischen ihnen, worauf er unter Bezugnahme auf das BGB selbst hinweist. (99) Giralgeld ist ein Gläubiger-Schuldverhältnis, Bargeld löst es auf.

Indem Hiekes Arbeit Widerspruch herausfordert, immerhin wird der Arbeitswert aufgegeben und der Mehrwert verwässert, regt sie an, über theoretische Probleme neu nachzudenken. Trotz Mängel ist sie daher lesens- und empfehlenswert, ein Beitrag, der nicht übergangen werden sollte, wenn über die Struktur und das Funktionieren der kapitalistischen Warenproduktion diskutiert wird. In einer notwendigen Diskussion sind alle Meinungen gefragt.

Klaus Müller

Sozialismus der Zukunft?

Thomas Piketty, Der Sozialismus der Zukunft, C.H.Beck, München 2021, Pb., 232 S., 16,95 Euro

Pikettys neues Buch besteht aus einer Auswahl von Kolumnen oder „Interventionen“, die er zwischen 2016 und 2021 auf seinem Blog in *Le Monde* veröffentlicht hat. Auf der Grundlage seiner beiden Hauptwerke *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (2014) und *Kapital und Ideologie* (2020) analysiert und kommentiert er darin die verschiedensten politischen und ökonomischen Ereignisse weltweit: die Fehler der unkontrollierten Globalisierung, die Wirtschaftspolitik Trumps, die gigantischen Offshore-Vermögen reicher Russen, den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas, die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen in Indien etc. Der

überzeugendste Teil des Buches ist allerdings die scharfe Kritik am desolaten Zustand der Europäischen Union. Eine ganze Reihe von Kolumnen bringen deren gravierende politischen Versäumnisse zur Sprache: zu wenig Demokratie, zu wenig Transparenz, keine gemeinsame Sozialpolitik, kein gemeinsamer Haushalt, keine gemeinsame Steuerpolitik oder die bestehende Selbstblockade durch das Prinzip der Einstimmigkeit in Steuerfragen. Pikettys zentraler Vorwurf aber richtet sich gegen die neoliberale Grundorientierung Brüssels, wodurch die ohnehin bestehenden *Ungleichheiten* immer weiter verstärkt werden. Nicht nur *zwischen* den Staaten, die durch Steuer- und Sozial- und Klimadumping miteinander um die Ansiedelung großer Konzerne konkurrieren, sondern auch *innerhalb* der Staaten durch eine Politik, die hauptsächlich die Interessen der Industrie vertritt, Steuerentlastung für die Reichen betreibt, Steuerparadiese nicht wirklich bekämpft und die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche vorantreibt. Vor allem den französischen und deutschen Konservativen macht Piketty den Vorwurf, die Unterschichten, die sich durch ihre Europapolitik und die Globalisierung ausgegrenzt sehen, in die Arme fremdenfeindlicher und nationalistische Parteien zu treiben. Um diese „Totengräber“ zu stoppen gibt er die Parolen aus „Wir müssen endlich über Europa diskutieren und vorankommen!“ und „Wer Europa liebt, muss es verändern.“

Direkt über den *Sozialismus der Zukunft*, der dem Buch den Titel gibt, äußert sich Piketty vor allem im Vorwort. Darin spricht er von der Notwendigkeit eines „partizipativen und dezentralen,

föderalen und demokratischen, ökologischen, diversen und feministischen Sozialismus“. Ihn gibt er der europäischen Politik als Richtschnur vor. Zum einen sollte dieser Sozialismus allen Menschen den gleichen Zugang zu Gütern der Grundversorgung (Bildung, Gesundheit, Rente, Wohnen, Umwelt) öffnen, zum anderen sollte er allen Staatsbürgern ein bestimmtes Grundeinkommen garantieren und im Alter von 25 Jahren eine „Mindesterbschaft“ von 120.000.- € ausbezahlen. An Stelle der immer nur behaupteten Chancengleichheit könnte durch diese Maßnahme den jungen Leuten ein *tatsächlich chancengleicher* Start ins Leben ermöglicht werden. Finanziert werden sollten diese Leistungen, wie Piketty vorrechnet, durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, die sich schrittweise der Grenze von 80 bis 90 Prozent annähert sowie eine gravierende Steigerung der Erbschaftsteuer auf große Vermögen.

Piketty spricht im Zusammenhang mit seinem Sozialismus der Zukunft zwar von der „Überwindung des Kapitalismus“, hält aber doch am Privateigentum und an der marktwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft fest. Ohne die großen Einkommens- und Vermögensunterschiede, die darin ihre Ursache haben, gäbe es ja nichts, was sich progressiv versteuern ließe. Angestrebt wird allerdings die fortwährende Umschichtung und eine Erleichterung der Rotation des großen Vermögens, so dass sich von Generation zu Generation verändern kann, wer oben und wer unten steht. Über die Abschaffung des Lohnsystems oder die sozialistische Organisation der Produktion findet sich in den Kolumnen dagegen kein Wort. Letztlich beruht Pikettys „Sozialismus“

auf einer kapitalistischen Grundlage und einem (gewissermaßen Hegelschen) Staat, der *über* der bürgerlichen Gesellschaft steht und nicht allein die Interessen des bürgerlichen Eigentums, sondern durch entsprechende Steuergesetze und finanzielle Zuwendungen die Interessen *aller* Bürger vertritt.

Piketty überrascht mit der Aussage, „der Weg zu Gleichheit und zum partizipativen Sozialismus“ hätte „langfristig ... längst begonnen“. Wie kommt er zu diesem Urteil? Wissenschaftstheoretisch beruhen seine ökonomischen Analysen, die diesem Urteil zugrunde liegen, auf zwei sehr einfachen Methoden. Die eine ist die statistische Erhebung bestimmter Daten, die zweite ist der Vergleich dieser Erhebungen. Beides lässt sich in netten Diagrammen veranschaulichen, die das Buch in großer Zahl schmücken. Aus einem dieser Diagramme etwa sind folgende Aussagen abzulesen: (1) „In Frankreich besaß 1910 das reichste 1% der Bevölkerung 54% des gesamten Privateigentums und die ärmsten 50% nur 1% davon“ und (2) „In Frankreich besaß 2015 das reichste 1% der Bevölkerung nur noch 23% des gesamten Privatvermögens, die ärmsten 50% dagegen 7% davon“. Aus dem Vergleich beider Aussagen leitet Piketty dann die Aussage der „langfristigen“ geschichtlichen Annäherung an den partizipativen Sozialismus ab. Die wirklichen Gesetze der kapitalistischen Ökonomie, ihre Widersprüche, ihre immanente Dynamik, die über sie hinaustreiben, kommen in dieser Argumentation nicht vor. Pikettys Aussagen verbleiben auf der Oberfläche der Empirie, auf der zwar bestimmte Zustände oder Momentaufnahmen festgehalten, die ökonomischen Ursachen der Entwicklungen

aber nicht begriffen werden. Als Ursachen ökonomischer Entwicklungen erscheinen bei Piketty nur außerökonomische oder politische Ereignisse (Kriege, Gesetzesänderungen). Das Label, das die FAZ Piketty umgehängt hat, der „Karl Marx des 21. Jahrhunderts“ zu sein, ist schon aus diesem Grunde sehr daneben.

Konrad Lotter

„Klasse“ im Titel

Julia Friedrichs, Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können. Berlin Verlag, Berlin/München, 2021, 320 Seiten, 22 Euro; Maria Barankow / Christian Baron, Klasse und Kampf. Claassen Verlag, Berlin, 2021, 224 Seiten, 20 Euro

Der Wandel ist offensichtlich: Nach langen Jahren der Abstinenz wird der Klassenbegriff im wissenschaftlichen wie im politischen Diskurs wieder selbstverständlich verwendet. Es ist noch nicht lange her, da fiel es noch auf, wenn ein Redner auf einem Soziologentag über Deutschland als Klassengesellschaft sprach.¹ Und noch 2010 wurde ein Entwurf des Grundsatzzprogramms der Partei DIE LINKE vorgestellt, in dem sich der Begriff „Klasse“ nur an drei Stellen fand.²

Allerdings wird in der Regel nicht der marxistische Klassenbegriff verwendet, oftmals handelt es sich um „Klassenanalyse light“³: Von „Klassen“

wird mit Bezug auf berufliche Positionen⁴ oder gar nur auf unterschiedliche Einkommen gesprochen. Doch immerhin redet man wieder von Klassen, Klassenkonflikten und hin und wieder sogar von Ausbeutung, die mehr meint als moralische Empörung über skandalös geringe Löhne oder unerträglich schlechte Arbeitsbedingungen.

Dieses auch in dieser Zeitschrift festgestellte „wieder auflebende Interesse an Klassenanalyse, Klassentheorie und Klassenpolitik“⁵ bringt Verlage dazu, Bücher auf den Markt zu bringen, die „Klasse“ im Titel tragen. So erschienen im März dieses Jahres gleich zwei für die Debatte vielversprechende Titel: Julia Friedrichs „Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können“ und der von Maria Barankow und Christian Baron herausgegebenen Sammelband „Klasse und Kampf“.

Beide Bücher wurden überwiegend positiv aufgenommen. So lobt Tom Wohlfahrt an Friedrichs Buch das „eindrückliche Portrait einer neuen Arbeiterklasse“⁶ und Johannes Schneider empfiehlt „Klasse und Kampf“, weil „das glaubhafte Bild eines ungerechten Landes“⁷ gezeichnet wird.

Nach diesen verheißungsvollen Ankündigungen habe ich beide Bücher zunächst interessiert, dann zunehmend

im Raum zum Schlüssel politischer Mobilisierung?, in: Z. 116, S. 16.

⁴ Vgl. hierzu beispielhaft: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Datenreport 2021, Bonn, 2021, S. 305 ff.

⁵ Vgl. Editorial, Z. 116, S. 5.

⁶ Tom Wohlfahrt: Etwas reißt; in: freitag, 14/2021, <https://digital.freitag.de/1421/etwas-reisst/>.

⁷ Johannes Schneider: Es gibt kein Entrinnen; in: ZEIT, 1.4.2021.

¹ Vgl. Karl-Siegbert Rehberg: Die unsichtbare Klassengesellschaft, Eröffnungsrede zum 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 2004.

² Vgl. Hans Günter Bell: Klassengesellschaft ohne Klasse, in: Z 85, S. 79-88.

³ Nicole Mayer-Ahuja: Klasse – Vom Elefant

irritiert gelesen. Schließlich habe ich die beiden Bücher ein zweites Mal gelesen, dieses Mal gezielt unter dem Blickwinkel, ob die Autor:innen ihren Buchtiteln gerecht werden, also ob und gegebenenfalls wie sie über Klassen (und Klassenkämpfe) schreiben.

Zwar handelt es sich um keine wissenschaftlichen, theoretischen Texte, aber ein Mindestmaß an begrifflicher Stringenz darf man dennoch erwarten, zumal bei der Verwendung der selbstgewählten Schlüsselbegriffe auf den Buchtiteln.

Das Buch der 1979 geborenen deutschen Journalistin und Autorin Julia Friedrichs besteht aus zwei miteinander verwobenen Teilen: In dem einen lernen wir drei Menschen kennen, die Friedrichs wiederholt für längere Gespräche getroffen hat: Alexandra, Said und Christian. Friedrichs hat auch zahlreiche Gespräche mit Politiker:innen, Regierungsmitarbeiter:innen und Wissenschaftler:innen geführt, zudem hat sie zahlreiche Bücher gelesen. Ihre hier gewonnenen Erkenntnisse präsentiert sie in dem anderen Teil des Buches.

Alexandra und ihr Mann Richard arbeiten als selbständige Musiklehrer:innen überwiegend auf Honorarbasis, sie sind „zwei hochaktive Ich-AGs“ (F, 22). Bisher glaubten beide an „das deutsche Aufstiegsversprechen“ (F, 65): Dass, wer hart arbeitet, es einmal besser haben wird. Seit dem Beginn der Coronapandemie haben sie Existenzangst. Ihr Leben ist von dem Gefühl der Unsicherheit bestimmt. Said arbeitet als Reinigungskraft bei einem von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) beauftragten Unternehmen. Zu Beginn der Coronapandemie wurde er für kurze Zeit zum Helden gekürt, beklatscht und gefeiert.

An seiner prekären Lage hat sich aber letztlich nichts geändert. Christian ist gelernter Konditor, zuletzt ist er als Angestellter in der Marktforschung tätig gewesen. Obwohl immer pflichtbewusst und verlässlich, beklagt er mangelnde Wertschätzung durch seine Vorgesetzte. Das ist auch Grund, warum er einen Auflösungsvertrag unterzeichnet hat.

Auf den ersten Blick überrascht die Auswahl der Gesprächspartner:innen, will Friedrichs doch die Geschichte „der ungehörten Hälfte“ (F, 17) der Gesellschaft erzählen. Was haben eine prekär beschäftigte Akademikerin, ein gering bezahlter Angestellter einer Reinigungsfirma und ein Angestellter, der zeitweise Leitungsfunktionen wahrgenommen hat, gemeinsam? Friedrichs gelingt es, in einfühlsamer Weise nachvollziehbar zu machen, dass alle drei dachten, „dass Arbeit sie durchs Leben trägt“ (F, 17), dass sie das Gefühl haben, „ihnen ist ein wirklicher wirtschaftlicher Aufstieg, eine sichere Laufbahn trotz harter Arbeit nicht geglückt“ (F, 266). Dieser Teil des Buches ist empathisch, aufschlussreich und interessant zu lesen. Die Lebenssituation und die Schwierigkeiten, mit denen Alexandra, Said und Christian tagtäglich zu kämpfen haben, gehen nahe.

Der andere Teil hingegen, in dem Friedrichs versucht, die Gesellschaft zu beschreiben und Veränderungsvorschläge macht, ist unausgegoren und oberflächlich. Es fängt bei Friedrichs Unentschiedenheit und Nachlässigkeit bei der Verwendung des Begriffs „Arbeiter“ bzw. „Arbeiterklasse“ an. Zwar müsste man die Menschen, die sie mehr als ein Jahr lang wieder und wieder traf, „Arbeiter“ nennen“ (F, 12), aber weil der Begriff so „verbraucht“ (F, 12) ist, entlehnt sie – wenig überzeugend – den

englischen Begriff „working class“. Bei ihrer Definition der Arbeiter als Menschen, die „auf den Ertrag ihrer Hände, ihrer Köpfe Arbeit“ (F, 13) angewiesen sind, klingt ein Bezug auf die Eigentumsverhältnisse an. Dieser Bezug wird dann von ihr aber nicht weiterverfolgt. Stattdessen folgt ein begriffliches Durcheinander von Klassen, Vermögensschichten, Einkommensgruppen und Einordnungen anhand der beruflichen Qualifikationen.

Die Gegenseite wird von Friedrichs wahllos als oberstes Prozent der Gesellschaft, Reiche, Wohlhabende, Vermögende oder Gutverdienende bezeichnet. Gegen deren Widerstand hatte die organisierte Arbeiterklasse den Kapitalismus zumindest einige Jahrzehnte „gezähmt“ (F, 88). Das erwähnt Friedrichs nicht. Stattdessen hat – laut Friederichs – ein dubioses „man“ dafür gesorgt, „dass Kapital und Arbeit im Gleichklang pumpten“ (F, 68 f.). Kollektive Arbeitskämpfe und organisierte politische Gegenwehr kommen bei Friedrichs allenfalls am Rande vor. Und so bleibt ihr dann auch nur der bloße Appell an „die im Heißluftballon“ – sie könnten vielleicht „Mieten senken, Sonderabgaben akzeptieren, mit niedrigerer Rendite leben“ (F, 304); und an „die, deren Löhne und Einkommen in den letzten Jahren extrem gestiegen sind“ – sie könnten sich „in Tarifrunden und Gehaltsverhandlungen bescheiden.“ (F, 304) Eine unfassbar naive Auffassung.

Ein großes Thema ist für Friedrichs die Rentenpolitik. Die Seiten, auf denen sie sich mit diesem Thema auseinandersetzt, fußen mehr auf anekdotischer Evidenz, denn auf fundierter Sach-

kenntnis. Ihre von Sven Kuntze⁸ übernommene Behauptung, der entscheidende Beitrag zur Rente sei die Geburtenrate (vgl. F, 179), ist schlicht falsch. Sie verwendet kein Wort auf den für die Alterssicherung aufgewandten Anteil des Bruttoinlandsprodukts, auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und das durchschnittliche Wirtschaftswachstum – alles notwendige Kennziffern für die Finanzierbarkeit der Rente. Kurzum: Friedrichs verkennt, dass auch in der Rentenpolitik die wesentliche Grenze in der Gesellschaft nicht „zwischen den Generationen“ (F, 192) verläuft, sondern zwischen Unten und Oben.⁹ Ein Missverständnis, das symptomatisch für das ganze Buch ist.

In dem Sammelband „Klasse und Kampf“ haben die 1987 geborene Lektorin Maria Barankow und der 1985 geborenen Autor Christian Baron 14 Texte zusammengestellt. Sie beschreiben aus unterschiedlichen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Erzählweisen das Aufwachsen und Leben am unteren Rand der Gesellschaft. Sie sind interessant, teils amüsant, regen zum Nachdenken an. Sie machen – wie von Barankow und Baron angekündigt – „Missstände greifbar“ und sprechen „eine Einladung zur Empathie aus“. (Barankow/Baron, in: B/B, 10).

Aber es trifft nicht zu, dass „die hier versammelten Stimmen ... so vielfältig wie unsere Gesellschaft [sind].“ (Baran-

⁸ Sven Kuntze: *Schamlose Generation*, C. Bertelsmann Verlag, 2014.

⁹ Vielen Dank an Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, für seinen Kommentar zu den rentenpolitischen Ausführungen von Julia Friedrichs, auf die ich mich hier stütze.

kow/Baron, in: B/B, 10) Die Autor:innen sind Journalist:innen, Schriftsteller:innen, Regisseur:innen und Dramaturg:innen – trotz geschlechtlicher Differenzierung und dem Migrationshintergrund einzelner Autor:innen: gesellschaftliche Vielfalt sieht anders aus. Sie haben zudem allesamt trotz schwieriger Umstände „den sogenannten Aufstieg geschafft“ (Fricke, in: B/B, 32), haben eine „Klassenreise“ (Seeck, in: B/B, 70) hinter sich, sind ihrem Herkunftsmilieu entkommen. Einige Beiträge reflektieren diese widersprüchliche Situation. So stellt Lucy Fricke nüchtern fest, dass niemand auf die Idee gekommen wäre, sie um einen Text für den Sammelband zu bitten, hätte sie sich nicht „weit von ihrer früheren Welt ... entfernt“ (Fricke, in: B/B, 32)

Anders als von Barankow/Baron angekündigt, setzen sich die Texte nicht mit den Klassenstrukturen auseinander (Barankow/Baron, in: B/B, 10), noch gar sprechen die Autor:innen davon, sie „überwinden“ zu wollen (Barankow/Baron, in: B/B, 10). Es sei denn, ein individuelles „Aufbegehren“ (Fricke, in: B/B, 34) würde bereits als solches angesehen. Einzig Pinar Karabulut möchte „die Spielregeln ändern“ (Karabulut, in: B/B, 95); und Schorsch Kamerun fragt immerhin danach, ob sich in einer Gesellschaft, in der es „klassische Klasse ... nicht mehr gibt“ (Kamerun, in: B/B, 193), „noch gemeinsam kämpfen“ lässt. (Kamerun, in: B/B, 190).

Der Titel des Sammelbandes ist also ein veritabler Etikettenschwindel.

Hans Günter Bell

Versuch einer Revision

Christopher Wimmer, Lumpenproletariat. Die Unterklasse zwischen Difizierung und revolutionärer Handlungsmacht. Schmetterling Verlag Stuttgart 2021, 170 S., 12 Euro

Mit dem Titel „Lumpenproletariat“ wird ein Phänomen thematisiert, das man begrifflich wie sachlich vorzugsweise historisch, im 18. oder 19. Jahrhundert verorten würde. Gleichwohl wird damit aber auch ein Problem unserer Zeit angesprochen: die Verachtung und Stigmatisierung der Langzeiterwerbslosen, Obdachlosen und sozial Ausgegrenzten durch die Mehrheitsgesellschaft. Die vorliegende Studie ist daher keineswegs bloß die Aufarbeitung einer Begriffs- und Tatsachengeschichte, sondern zugleich die ideologische Auseinandersetzung mit einem aktuellen Problem. Dabei geht es dem Autor neben einer akribischen begriffsgeschichtlichen und textexegetischen Darstellung um eine Revision der traditionellen Sicht auf das „Lumpenproletariat“. Erscheint dieses in traditioneller, insbesondere marxistischer Auffassung lediglich als „Objekt“ der Geschichte ohne Handlungsmacht bzw. als „eine reaktionäre und käufliche Gruppe“ (8), so versucht der Autor, diesem auch positive Seiten abzugewinnen, indem er zeigt, dass mit Asozialität und Kriminalität konvergierende Widerstandsformen durchaus zu einer „Kraft des revolutionären Umbruchs“ werden können (8).

Im zweiten Abschnitt werden die Vor- und die Entstehungsgeschichte des Lumpenproletariats nachgezeichnet. Dabei wird deutlich, dass es im Zeitverlauf in der Theorie zu einer „einsei-

tigen Identifizierung und Verengung des (grundsätzlich universalistischen) Proletariatsbegriffs auf die Industriearbeiter*innen“ (23) kommt. Der Autor begreift dies als eine „Umdeutung“ des Proletariats, das nun als die eigentlich produktive Klasse erscheint und sich von den gesellschaftlich Deklassierten, den Bettlern, Dieben und Vagabunden, abhebt. Letztere werden zu einem neuen, dem Proletariat komplementär gegenüberstehenden Terminus zusammengefasst: dem Lumpenproletariat.

Der folgende Abschnitt ist Marx und Engels gewidmet. Der Autor vertritt die These, dass aus der Marx'schen Konzeption des Lumpenproletariats die „bürgerliche Moral“ spreche (27). Deshalb unterscheidet sich dieser Begriff grundlegend vom relationalen Klassenbegriff. C. Wimmer ist hier eine genaue und sorgfältige Textanalyse zu bescheinigen, auch in Bezug auf die Wandlung des Begriffs im Zeitverlauf. So zum Beispiel, wenn der Begriff, der anfangs mit Pauperismus und Armut verbunden war, nach 1850 auch das von der Spekulation lebende Finanzkapital mit einschließt (37). Das Lumpenproletariat erscheint nunmehr bei Marx als „Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen“ (MEW 8, 161). Schließlich wird der Begriff von ihm nur noch als „reine Beschimpfung“ (49) verwendet und zieht sich derart durch das gesamte Werk.

Im vierten Abschnitt untersucht der Autor, welchen Fortgang die Auseinandersetzung mit dem Lumpenproletariat in der Arbeiterbewegung genommen hat. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass sich die „negative Beurteilung“ durch Marx und Engels in der „gesamten Geschichte der organisierten Arbeiter*innenbewegung“ wieder-

findet. „Marx' Erben haben seine Vorstellungen vielfach übernommen.“ (55) Und nicht nur sie! Wimmer zeigt, wie diese Vorstellungen unter dem Nationalsozialismus im Begriff des „Asozialen“ fortlebten und hier als „konstitutives Gegenstück“ zur Konstruktion des „Volkes“ dienten (87). Und auch heute gilt, dass sich, wer ALG II bezieht, nicht nur mit der materiellen Not auseinandersetzen muss, sondern zudem mit der Stigmatisierung durch die Mehrheitsgesellschaft. Insbesondere knüpft der Vorwurf der „selbstverschuldeten Armut“ an die Diskussion früherer Zeiten an. Im Begriff des Prekariats hat der Begriff „Lumpenproletariat“ seine moderne Fortsetzung gefunden (91ff.).

Im fünften Abschnitt wechselt der Ton der Darstellung. Überwog bisher eher ein kritisch-analytisches Herangehen, so dominiert jetzt die offene Parteinahme des Autors für die soziale Gruppierung der Unterschicht die textliche Gestaltung. Er schließt sich der Auffassung an, dass es, um der sozialen Rolle des Lumpenproletariats gerecht zu werden, einer „erweiterten Geschichtsschreibung der Arbeiter*innenbewegung jenseits von bürgerlichen, sozialdemokratischen und leninistischen Vorstellungen“ bedürfe (99). In diesem Zusammenhang sei es nützlich, sich nicht nur der negativen Bewertungen von Marx und Engels und deren Erben bewusst zu sein, sondern sich auch an die positiven Bewertungen zum Beispiel durch Michail Bakunin, Erich Mühsam und Frantz Fanon zu erinnern. Dort konvergierten „die vielfältigen Ausdrucksformen des Lumpenproletariats mit dessen krimineller Energie, um so zu einer Kraft des revolutionären

Umbruchs zu werden“ (99). Weitere dazu passende Auffassungen finden sich bei Herbert Marcuse und der Strömung des Operaismus. Der Autor leitet hieraus eine „völlige Umdeutung“ des Begriffs des Lumpenproletariats und von dessen Rolle im Klassenkampf ab: „Nun stehen Handlungsmacht, Selbstorganisation und Politikfähigkeit im Zentrum.“ (100) Die Konsequenz dessen findet sich bei Hardt und Negri: Während das Lumpenproletariat bei Marx und im gesamten Marxismus „unter- und außerhalb des Proletariats“ platziert wird, wird nun „jede Unterscheidung verschiedener subalternen Klassen oder Klassenfraktionen“ aufgegeben und das Lumpenproletariat somit als Teil des neuen revolutionären Subjekts präsentiert (149).

Im Fazit wird noch einmal betont, dass es vor allem die Erfahrungen der letzten zweihundert Jahre sind, also „die konkrete Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, die geradezu dazu zwingt, die Vorstellung über das Lumpenproletariat als einer im gesellschaftlichen Abseits stehenden passiven und tendenziell reaktionären sozialen Gruppierung zu revidieren. Der Autor begründet seinen Standpunkt wie folgt: „Will man die Organisations- und Artikulationsformen der Unterklasse verstehen, muss man mit vorherrschenden Denkmodellen brechen.“ Gemeint sind solche, „die den Klassenstatus gegenüber dem Kapital lediglich über die Erwerbsarbeit bestimmen wollen und somit auch den Klassenkampf lediglich ökonomisch in Bezug auf den Wert der Ware Arbeitskraft und ihrer Reproduktionskosten betrachten“ (151). Dem wird die Forderung entgegengesetzt, die vielfälti-

gen untergründigen Protestformen und -bewegungen genau zu analysieren. Hierin eingeschlossen sind die Proteste der Deklassierten, Ausgeschlossenen und vermeintlich Überflüssigen. Auch wenn dafür heute der Begriff des Lumpenproletariats kaum mehr Verwendung findet, so sollte dieser zweifellos „verminte Begriff“ nach Meinung des Autors doch nicht vorschnell aufgegeben werden. Denn er stelle „als Sub- oder Surplusproletariat für die Deutung und Analyse gegenwärtiger Subsistenz-, Armutsrevolten und Vorstadunruhen einen geeigneten Analyserahmen dar“. Zudem sei er ein alternativer „Klassenbegriff“ (156). Man muss nicht jede Aussage des Autors teilen. Eine lohnende Lektüre ist das Buch jedoch allemal.

Ulrich Busch

Schmutzige Wäsche – die Wittorf-Affäre

Ronald Friedmann (Hrsg.), Was wusste Thälmann? Unbekannte Dokumente zur Wittorf-Affäre. Karl Dietz Verlag, Berlin, 183 S., br. – 16,00 Euro

Das Herz von Historikern schlägt höher: ein vergessener Panzerschrank, ein Aktenkonvolut und bisher so nicht belegbare historische Vorgänge. Der Berliner Historiker Ronald Friedmann hat einen spektakulären Aktenfund wissenschaftlich aufarbeiten können, der eines der strittigsten Vorkommnisse in der KPD der späten 1920er Jahre um etliche Facetten erweitert und an gängigen Klischees rüttelt.

Im Keller des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses, heute Sitz des Parteivorstandes der PDS bzw. der Partei Die Linke und

einst der KPD, fand sich ein Panzerschrank, der offensichtlich beim Umzug aus dem alten Gebäude des ZK der SED am Werderschen Markt mitgezogen ist. Ordentlich wie es sich bei einer deutschen Partei gehört fand sich tatsächlich noch der Schlüssel. Weniger klar ist, wie der Inhalt in den Schrank kam. Es sind Akten der einstigen Zentralen Parteikontrollkommission der SED, unter denen ein nicht registriertes Konvolut mit Aktenstücken zur Wittorf-Affäre des Jahres 1928 herausstach. Offenbar waren es Papiere, die das einstige KPD-Politbüromitglied Hugo Eberlein nach seinem Hinauswurf aus den Berliner Führungszirkel nach Moskau ins Exil mitnahm. Sie überstanden die Zeit dort, auch seine Verhaftung und schließlich Liquidierung 1941. Sein Sohn Werner, in der DDR wohlgelitten und trotz der problematischen Biografie seines Vaters wohlbehütet und in zentralen Parteifunktionen tätig, übergab sie wahrscheinlich 1953 dem Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Aus dessen Besitz gelangten die Papiere wohl in jenen Panzerschrank, der erst 2018, also 90 Jahre nach den Vorfällen, ausgewertet werden konnten. Ein Krimi für sich, ein Glücksfall für Historiker zu einem makabren und unappetitlichen Vorgang in einer Partei, die die bessere Gesellschaft und dessen Erbauer verkörpern wollte.

Zweifellos bringen die Dokumente – Protokolle, Kassenprüfungen, Rechtfertigungsschreiben, Schuldscheine und Beschlüsse – neue Erkenntnisse. Aber, so Friedmann, „die vorliegende Edition hat nicht das Ziel, die Geschichte der KPD neu zu schreiben. Doch sie kann und soll Anstoß geben, bisher nicht angezweifelte Bewertungen der Wittorf-Affäre und ihrer Wei-

terungen zu überdenken.“ (12) Der Autor analysiert die Abläufe, die Implikationen der Beteiligten und trifft meist vorsichtig Wertungen zum Handeln oder Nichthandeln der Akteure, insbesondere auch des damaligen Parteivorsitzenden Ernst Thälmann. Den Hauptteil der Publikation bildet die Wiedergabe der aufgefundenen 34 Dokumente, die in Einleitung und Fußnoten kritisch eingeordnet werden.

Schnell wird für den wenig voreingenommenen Leser deutlich, dass die Prozesse und Zusammenhänge es den beteiligten Akteuren schwer machten mit offener Brust sich den Vorgängen, Verdächtigungen und notwendigen harschen Schnitten zu stellen. Der Sachverhalt war zwar recht einfach, aber die Aufarbeitung und die Fähigkeit, einen scharfen Schlusstrich zu ziehen, fiel ihnen schwer. Zunächst: Der Hamburger Polsekretär Hans Wittorf, gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der KPD in der Hamburgische Bürgerschaft, hatte aus sowjetischen Quellen mehrere tausend Reichsmark Wahlkampfunterstützung erhalten. Für seinen recht aufwendigen Lebensstil hatte er davon gesichert mindestens 1.550 RM abgezweigt, also unterschlagen. Heute fast ein Klacks, damals bei 1.983 RM¹ Jahresbrutto eines durchschnittlichen Vollzeitbeschäftigten viel Geld. Nicht gut für's Image: Moskau finanzierte die deutschen Kommunisten und es gab bei denen Funktionäre, deren Lebenswandel und Ehrlichkeit zu wünschen ließ. Ertappt beschuldigte John Wittorf den unschuldigen Kassierer der Bezirksleitung Hugo Dehmel.

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100231/umfrage/durchschnittseinkommen-in-der-weimarer-republik/>

Gleichzeitig fanden diese Vorkommnisse, über die zunächst mit recht geringer Resonanz in der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung, dann in der linksoppositionellen Presse berichtet wurde, in Zeiten des Wahlkampfes statt. Zudem war Wittorf, befreundet mit dem Parteivorsitzenden, in Verhandlungen mit der Hamburger SPD involviert. Dass die beteiligten verantwortlichen Genossen bis hin zum recht spät, aber doch informierten Thälmann die Sache unter den Tisch kehren wollten ist aus heutiger wie damaliger moralischer Betrachtungsweise verwerflich, aber politisch nachvollziehbar, wenn auch letztlich erfolglos.

Es sollte nicht überraschen, dass diese Vorgänge, nicht zuletzt der Umstand, dass Thälmann und seine Vertrauten hier glücklos agierten, auch mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Kurs der KPD verwoben waren. Thälmann stand für die konsequente Umsetzung der Moskauer Linie von Komintern und KPdSU (B), also Stalins Linie, für einen kompromisslosen Kurs gerade gegen die SPD. Seine Widersacher, hier exponiert Hugo Eberlein, wollten einen moderateren Kurs und der ist für heutige Historiker selbstredend der sinnvollere. Das rückte die damaligen Auseinandersetzungen über Schuld, Mitwisserschaft und Aufarbeitung auch in den Dunstkreis dieses politischen Vorfalls.

Friedmann teilt die Kritik an Thälmanns Verhalten und zeigt Verständnis für seine Widersacher. Wittorf wurde ausgeschlossen, andere belastet, mindestens einer politisch geopfert. Für den Autor ist es unverzeihlich, dass Thälmann „aus Gründen einer zweifelhaften Parteiräson, bewusst und ohne

jeden Skrupel, das Leben eines Menschen zerstört, der sich voll und ganz der KPD und der kommunistischen Bewegung verpflichtet hatte. Er wusste, dass Hugo Dehmel unschuldig war. Trotzdem ließ er zu, dass Dehmel von den eigenen Genossen als Krimineller behandelt wurde, ... seinen Arbeitsplatz verlor und aus der Partei ausgeschlossen wurde.“ (69)

Aber er zeigt auch, dass die zeitweilige Suspendierung Thälmanns als Parteivorsitzender und die Anrufung des Exekutivkomitees der Komintern als Entscheidungsgremium in der damaligen Struktur begründet war. Entgegen der heute landläufigen Vorstellung von einem faktischen Sturz Thälmanns war dieses Vorgehen durchaus korrekt und nicht präjudizierend. Allerdings wurden die Vorgänge nun in der Öffentlichkeit publik. Die Funktionäre in Moskau akzeptierten letztlich die Argumente Thälmanns und suchten Schadensbegrenzung, die für sie nur die Wiedereinsetzung des Parteiführers in seine Funktion bedeuten konnte.

Der zumindest seit Hermann Webers Studien vorgenommene Versuch, diese Auseinandersetzung als den Scheidepunkt der Stalinisierung der KPD auszumachen ist, so Friedmann, nicht überzeugend. Die deutschen Kommunisten waren nach 1925 mit der Moskauer Linie eng verbunden, hatten im Zuge dieser Bolschewisierung oder Stalinisierung der Partei bereits die eigenen Genossen diszipliniert und Abspaltungen in Kauf genommen. Die Wittorf-Affäre und ihr Ausgang änderten hier nichts mehr. In der Tat gab das Plazet der Moskauer Genossen den Startschuss, die Affäre zum Abrechnen mit jenen Genossen zu nutzen, die vehement Thälmanns Verantwortung an-

gemahnt hatten. Die „Versöhnler“ um Hugo Eberlein, Arthur Ewert und Gerhart Eisler verloren ihre Funktionen in der Parteiführung und wurden der Komintern zur Disposition gestellt. Mit ihren inhaltlichen Positionen musste nun nicht mehr gerechnet werden. „Der innerparteiliche Machtkampf ... endete mit ihrer vollständigen Niederlage und mit dem vollständigen Triumph Thälmanns und seiner Anhänger.“ (64 f) Damit wurde die Chance einer Verständigung mit der SPD verfallen, folgert Friedmann: „Die Folgen für die KPD und die gesamte deutsche Arbeiterbewegung waren fatal.“ (65)

Das Buch skizziert auch die meist tragischen Lebenswege der Protagonisten. Thälmann und Eberlein verloren ihr Leben unter Hitler und Stalin, Ewert als Komintern-Emissär in Brasilien während Haft den Verstand, andere ihre Funktionen. Die Spuren Dehmels verlieren sich im Dunkel und allein Wittorf verstirbt unbehelligt, doch hochbetagt in der Bundesrepublik.

Stefan Bollinger

Miteinander / Gegeneinander

Gerhard Oberkofler, Christ und Marxist. Miszellen zu einem Dialog. Mit einem Vorwort von Helga E. Hörz und Herbert Hörz, trafo Wissenschaftsverlag, Berlin 2021, 221 S., 14,80 Euro.

Der sich zum Marxismus bekennende Verfasser, Österreichischer Wissenschaftshistoriker im Ruhestand, Stamm-Autor des Zentralorgans der Partei der Arbeit Österreichs sowie des Berliner „Rotfuchs“, gehört zu den wenigen seit Jahren in Permanenz Produzierenden seines Faches. Seine bisherigen, häufig auf eigenen Archivstu-

dien beruhenden, vielseitigen Publikationen, darunter Monographien und Editionen besonderer Güte, zeichnen sich auch durch eine außergewöhnliche Kenntnis und Verarbeitung der jeweiligen Literatur aus. So auch diesmal. Mit seinen zehn Kurzbeiträgen bereichert er die Wissenschaftswelt; doch da sein immerhin achtzigster Geburtstag ansteht, beschenkt er mit ihnen auch sich selbst!

Zwar bezieht er in seinen Miszellen Augustinus, Spinoza, Pascal und andere ein, aber es geht ihm nicht um *Theorie* - sondern um die *Real*geschichte unserer Gegenwartswelt. Diese kann kaum härter charakterisiert werden als von ihm: „Wir leben in einem vierten imperialistischen Weltkrieg“ (203). Es ist nicht Rechthaberei, wenn er sich für oder gegen, sei es diese oder jene Auffassung eines Christen oder Marxisten wendet. Sein Bewertungsmaßstab für Auffassungen, Vorschläge und Maßnahmen liegt in deren Veränderungspotential der tatsächlichen Lebensumstände von Ausgebeuteten, Manipulierten und Unterdrückten unsrer kapitalistischen Weltgesellschaft mit ihrer eigentumsbedingten Macht/Ohnmacht-Struktur.

Insbesondere Christen und Marxisten, zumal wenn sie Wissenschaftler oder Politiker sind, macht er dafür verantwortlich, dass das historisch Notwendige erkannt und getan wird; er misst sie daran, ob sie wenigstens begreifen, was zuwege gebracht werden müsste. Dabei setzt er auf ein Miteinander von Marxisten und Christen, auf ihren Dialog. Der Rezensent, der 1997 zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Leipzig eingeladen worden war, um dort über Marxens Gerechtigkeitsverständnis zu referieren, kann nur bestä-

tigen, dass es sich um ein *Dialogerfordernis* wie um ein *Dialogbedürfnis* handelt. Dialogisieren heißt natürlich nicht, die Gegensätze zu nivellieren! Oberkofler fühlt sich nicht einmal daran gehindert, potentielle Teilnehmer am Dialog zu denunzieren. Etwa wenn er des sich einst Marxist nennenden Gorbatschows heimliche Taufe offenlegt oder den das Flüchtlingselend im eigenen Land duldenden österreichischen „Grüß-Gott Katholiken“ ihre evangelikalischen Gebetstunden im Parlament vorwirft.

Den polnischen Papst Karol Wojtyła (alias Johannes Paul II.) wie den deutschen Papst Joseph Ratzinger (alias Benedikt XVI.) mit ihrer Unterstellung, dass der Gegensatz von Reich und Arm göttlichen Ursprungs, jede Option für die Armen eine Option für den Klassenkampf und der Kommunismus der Feind aller Menschen sei, betrachtet Oberkofler als Symbolfiguren der Herrschaft des Reichtums über die Armut. Als Legitimierungsideologen des Realkapitalismus verkehren sie den original christlichen Missionsauftrag, wie er sich aus Galaterbrief VI,2 („Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“) oder aus Apostelgeschichte IV,32 („Multitudinis credentium erat cor unum et anima una ... erant illis omnia communia“) ergibt. Für Oberkofler ist nämlich mit Marx die Religion (und so auch das Christentum) ein Ausdruck des wirklichen Elends und gleichzeitig eine Protestation gegen dieses Elend, kein Opium *für* das Volk, sondern (im Anschluss an Moses Heß und Heinrich Heine) ein Opium *des* Volkes, seine Sehnsucht, seine Utopie. Nur so ist auch Oberkoflers Überraschungssatz auf Seite 101 der *Miszellen* zu verste-

hen, wonach „ein Marxist so wie ein Christ revolutionär ist“. Es geht eben um den – auch revolutionären – Kampf gegen das durch die vorhandenen Eigentums- und Machtverhältnisse bedingte Elend dieser Welt, und dieses Elend ist wahrlich nicht durch das Christentum verursacht.

In den zehn Texten zu einem Dialog sind auch Helden auszumachen. Einer davon ist der hierzulande wenig bekannte schweizerische Kunsthistoriker Dr. Konrad Farner (1903-1974), seit 1923 Mitglied der (seit 1940 dann verbotenen) Kommunistischen Partei der Schweiz und Gründungsmitglied der als deren Nachfolger im Mai 1944 konstituierten *Partei der Arbeit* der Schweiz. Als in seinem Heimatland Vertriebener konnte er einiges in der DDR und 1969 in der BRD seine „*Theologie des Marxismus?*“ veröffentlichen. (Vgl. auch die von Wolfgang Beutin 2013 in Hannover herausgegebene Anthologie *Lob des Kommunismus*, S. 173-177). Oberkofler, der bereits 2015 eine eigene Farner-Monographie publiziert hatte, behandelt hier Farners Sicht auf die Geschichte des Atheismus, auf Marx als historisches Vorbild sowie auf Pascals Dialektik. Ergänzend macht er erstmals einen längeren, nur handschriftlich überlieferten, bisher unveröffentlichten Vortrag Farners vom 1. Juni 1972 zugänglich.

Ferner würdigt Oberkofler mit einer Überfülle von Beispielen den von Angehörigen des Jesuiten-Ordens (SJ) erbrachten, christlich gebotenen Einsatz für soziale Gerechtigkeit, der sie in Konflikt mit den existenten Herrschaftsstrukturen brachte. So etwa der Sohn eines irischen Vaters und einer deutschen Mutter, Daniel Berrigan SJ (1921-

2016), der wegen seines Protestes gegen den Völkermord der USA in Vietnam als erster katholischer Priester von den US-Behörden als Kommunist verfolgt und inhaftiert wurde. Vergleichbares gilt für den von der Befreiungstheologie inspirierte Stan Swamy SJ in Indien, der sich vor allem für die Rechte indigener Völker einsetzt und schon mehr als hundert Tage inhaftiert ist.

Eine ganz besondere Rolle spielt für Oberkofler der im März 2013 zum Papst gewählte argentinische Kardinal Jorge Mario Bergoglio SJ. Der seit vielen Jahrhunderten erste Nichteuropäer als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche und Stellvertreter Jesu Christi gab sich in Erinnerung an den das Ideal der Armut predigenden Franz von Assisi (1181/82-1226) den Namen *Franziskus*. Oberkofler belegt, dass sich dieser Papst Franziskus auf einen befreiungstheologischen Weg begeben hat. Auch wenn er sich bisher nicht entschließen konnte, das Abtreibungsverbot zu liberalisieren, so habe er doch – im Gegensatz zu seinen Vorgängern im Amt – Armut, Hunger, Leid und Ausgrenzung der überwiegenden Mehrheit der Menschen nicht als gottgewolltes Gebot, sondern eindeutig als Ergebnis einer gottfernen Gesellschaft charakterisiert, in der die Anhäufung des Reichtums auf Kosten der Mehrheit wie ein Götzendienst betrieben werde. Sein Verdikt zum Realkapitalismus: *Diese Gesellschaft tötet!* Es mag in Oberkoflers Papst-Franziskus-Bild auch Zukunftshoffnung mitschwingen, aber dass er die retardierenden Kräfte des katholischen Klerus unterschätzt, dürfte auszuschließen sein. Jedenfalls ist des Gegenwarts-Papstes, von Oberkofler reichlich ausgewertetes Buch: „Wage zu träumen“ (München 2020) unum-

gängliche Pflichtlektüre für jeden Marxisten, der mit Christen dialogisieren will.

Eine Anregung: Vielleicht könnte sich bei einer (hoffentlich bald erforderlich werdenden) Zweitaufgabe der *Miszellen* der Autor entschließen, auf die Welle von Kirchenaustritten infolge der Missbrauchsverbrechen von Amtsträgern einzugehen.

Hermann Klenner

Corona-Krise zwischen Kapital und Gesundheit

Verena Kreilinger, Winfried Wolf und Christian Zeller, Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie, PapyRossa-Verlag, Köln 2020, 277 S., 17,90 Euro

Die AutorInnen Verena Kreilinger, Winfried Wolf und Christian Zeller untersuchen in „Corona, Krise, Kapital“ gesellschaftliche, ökonomische, politische und ökologische Implikationen der COVID-19-Pandemie, welche durch eine globale Verbreitung des Virus SARS-CoV-2 (kurz: Coronavirus) seit Ende 2019 ausgelöst wurde.¹ Die sogenannte Coronakrise sehen die AutorInnen vor allem als „Resultat der inneren Triebkräfte der bestehenden, kapitalistischen Wirtschaftsweise.“ Die Corona-Pandemie wird als „Trigger“ (8) bzw. als „Katalysator“ (205) von einer „suspendierten Krise“ (Fülberth) eingestuft. Dies begründen sie zum einen mit der unzureichenden Bearbeitung der globa-

¹ „Corona, Krise, Kapital“ ist Anfang September 2020 erschienen. Der Analysestand der AutorInnen beschränkt sich daher auf die Ereignisse bis Anfang August 2020.

len Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. Zum anderen war bereits 2019 eine „schwächelnden Weltwirtschaftskonjunktur“ zu verzeichnen, die wie ein „Brandbeschleuniger“ die „schwelende Rezession“ zu einer „vermutlich langen Depression anfachte“ (45).

Indem die AutorInnen das Überspringen des Virus auf den Menschen, die Entwicklung der Epidemie und den Umschlag in eine Pandemie sowohl als „in der Natur angelegt“ als auch „als Ausdruck der Verwertungslogik des Kapitals“ ansehen (15), betrachten sie die Zusammenhänge auf einer ökonomisch-ökologischen Ebene. Die „vom kapitalistischen Verwertungsdruck erzwungenen Eingriffe in die Ökosysteme und Kommodifizierung von Lebewesen und Natur erhöhen die potenzielle Entstehung und Ausbreitung von neuartigen Infektionen.“ (32)

In der Beurteilung der Krisenauswirkungen nehmen die AutorInnen eine global-intersektionale Perspektive ein. Unter Bezugnahme auf globale Länderbeispiele kommen sie auf der einen Seite zu dem Schluss, dass die Menschen entsprechend des Ranges ihrer Gesellschaften im Weltsystem unterschiedlich stark von den Krisenauswirkungen betroffen sind. Auf der anderen Seite ist auch die Positionierung innerhalb der jeweiligen Klassengesellschaft entscheidend für die durch die Krise erfahrenen Folgen. Dadurch, dass der Virus auf Klassengesellschaften trifft, in die „rassistische Strukturen und Abwertungsmechanismen tief eingeschrieben“ sind (27), wird sie zu einer „Pandemie der Ungleichheit“ (161).

Das derzeit bestimmende Krisenmanagement, welches maßgeblich von den Regierungen der globalen Staa-

tengemeinschaft bestimmt wird, beurteilen Kreilinger et al. in Bezug auf Profiteure und Leidtragende der Maßnahmen. Entsprechend dieser Prämisse formulieren sie eine scharfe Kritik: Da „alle europäischen Regierungen“ und der Löwenanteil der außereuropäischen Regierungen „ihre Maßnahmen unter die Prämisse [stellen], die kapitalistische Produktion [...] möglichst wenig einzuschränken und soweit es geht aufrechtzuerhalten“ (82), bringt diese „Politik im Interesse des Kapitals [...] hunderttausenden Menschen einen vermeidbaren Tod.“ (41)

Gegen Ende des Buchen entwickeln Kreilinger et al. einen „programmatischen Vorschlag“ zur Krisenbewältigung, der sich auf das „Grundprinzip“ stützt, „dass unsere Gesundheit und unsere Leben mehr wert sind als die Profite der Unternehmen und die geopolitischen Interessen der Staaten.“ (227f.) In einer Antithese zum dominierenden Krisenmanagement im „Interesse des Kapitals“ (41) formulieren sie ein „solidarisches und ökologisches Programm“, in das „alle gesellschaftlichen Bereiche der Reproduktion, Zirkulation und Produktion“ integriert werden (229).

Alle drei AutorInnen sind ErstunterzeichnerInnen der Kampagne ZeroCovid, die sich für einen solidarischen und europäischen Shutdown einsetzt, um die Infektionen mit dem Coronavirus auf null zu drücken. Diese Kampagne geht auf einen paneuropäischen Aufruf von WissenschaftlerInnen zur konsequenten Eindämmung der Covid-19 Pandemie in Europa zurück.² In ei-

² ZeroCovid (2021): Das Ziel heißt Null Infektionen! Für einen solidarischen europäischen Shutdown. <https://zero-covid.org/#fn-1>. [Abruf 27. 03. 2021].

ner Anfang Januar 2021 erschienenen Aktualisierung von „Corona, Krise, Kapital“ appellieren Kreilinger et al. an Gewerkschaften, emanzipatorische Bewegungen und sozialistische Bewegungen „sich vorbehaltlos hinter die [...] internationale Initiative“ zu stellen.³

Als Fazit sollen an dieser Stelle zwei Punkte festgehalten werden. Erstens schaffen es die AutorInnen die Ereignisse um die Pandemie und deren Hintergründe sowie Zukunftsperspektiven ziemlich detailliert und umfangreich darzustellen. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf politökonomischen Faktoren, die die „multiple Krise“ (Gesundheitskrise, Krise der sozialen Produktion und Reproduktion, ökologische Krise) begünstigt haben, bzw. noch begünstigen. Dabei bemühen sie sich stets, eine globale Perspektive einzunehmen, die sich auch auf periphere und semi-periphere Staaten erstreckt. Zweitens sei jedoch kritisch angemerkt, dass die AutorInnen zu Redundanz neigen, was die Krisenanalyse des kapitalistischen Systems betrifft. Es werden an unterschiedlicher Stelle Widersprüche gesellschaftlicher und ökologischer Natur wiederholt betont, obwohl sie m.E. bereits vorher klar herausgestellt wurden. Anstelle dessen hätten einzelne Aspekte in der Kapitalismusanalyse noch stärker vertieft werden können.

Malte Kornfeld

³ Kreilinger, Verena; Wolf, Winfried und Zeller, Christian (2021): Die Pandemie solidarisch europaweit eindämmen. Regierungen schützen die Kapitalinteressen – nicht die Gesundheit der Menschen. <https://www.papyrossa.de/wp-content/uploads/2021/01/2021-01-04-Kreilinger-Wolf-Zeller-Corona21-GESAMT-END.pdf>. [Abruf 27.03.2021]. S. 33.

Prägende Figur der Mosaiklinken

Brigitte Aulenbacher, Frank Deppe, Klaus Dörre, Christoph Ehlscheid, Klaus Pickshaus (Hg.), Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2021, 418 Seiten, 40,- Euro.

Die Festschrift gilt gemeinhin als akademische Tradition. Nur selten werden sie auch Gewerkschafter*innen zugeeignet: Im deutschsprachigen Raum finden sich unter diesen somit prägende Figuren wie Otto Brenner (vgl. von Oertzen 1967) und seit diesem Jahr auch Hans-Jürgen Urban. Nicht weniger als 72 Autor*innen sind vertreten: Von feministischen und marxistischen Arbeitssoziolog*innen, Politikwissenschaftler*innen, aktiven Gewerkschafter*innen bis hin zu Herausgeber*innen linker Zeitschriften. Es ist also durchaus jene ‚Mosaiklinke‘ vertreten, die Hans-Jürgen Urban als Begrifflichkeit im linken Diskursraum nachhaltig verankert hat.

Die Beiträge untergliedern sich in sechs Kapitel, die in ihrer Breite für das wissenschaftliche wie politische Lebenswerk des Jubilaren stehen. Die Frage der Mosaiklinken in Kapitel 1 wird dabei durchaus kontrovers diskutiert. So wenn bspw. Brigitte Aulenbacher einen „Klassenbias“ auf politischer und analytischer Ebene in Urbans Konzeption der Mosaik-Linken identifiziert und deswegen davor warnt, dass „Herrschaftsverhältnisse, wengleich unbeabsichtigt, in den Hintergrund gedrängt“ (22) werden.

Das politische Mandat der Gewerkschaften ist der Themenschwerpunkt in Kapitel 2. Hier versucht sich Klaus

Dörre an einer Neuformulierung des ‚Jenaer Machtressourcenansatzes‘. Vor dem Hintergrund dessen was Dörre als den Wandel vom ‚industrielle[n] Klassenkonflikt‘ ‚zum sozialökologischen Transformationskonflikt‘ bezeichnet versucht dieser das Konzept der ‚metabolischen Macht‘ (91) zu ergründen. Die (vorläufige) Kurzdefinition lautet: ‚Es bezeichnet eine Machtform, die aus der Stellung bewusster Interessengruppen in der Reproduktion von Naturverhältnissen hervorgeht‘ (91). Dies auf der Basis eines erweiterten Verständnisses von Arbeit, das über ihre lohnförmige Erscheinung hinausgeht und im Austausch mit der Natur ‚als lebensspendendem Prozess‘ (91) steht. Diese Machtressource ist für Dörre keine genuine Sache der Lohnabhängigen mehr, sondern kann neben der Kapitalmacht auch mit Lohnabhängigenmacht in einen Interessenkonflikt geraten. Die Analyse der sozialökologischen Transformationskonflikte mache es für eine gewerkschaftsnahe Soziologie schließlich notwendig sich ‚nicht mehr allein auf die Sozialkritik von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung [zu] beziehen‘ (93).

In Kapitel 3 (‚Transformation, Rechtspopulismus und Wirtschaftsdemokratie im 21. Jahrhundert‘) sei auf den Beitrag von Richard Detje, Dieter Sauer und Michael Schumann hingewiesen. Systemrelevante Arbeit als ‚Arbeit an den Schnittstellen der gesellschaftlichen Reproduktion‘ (177) sei durch die Corona-Pandemie in den Fokus gerückt worden, während rund ein Jahrzehnt zuvor noch die Finanzmärkte als solche gegolten hätten. Daran anknüpfend fragen die Autoren: ‚Reicht die Schubkraft von Pandemieerfahrungen und entsprechenden

Wahrnehmungsverschiebungen aus, um neue Perspektiven durchzusetzen?‘ (178). Die Autoren vertreten hierbei folgende Ansicht: Arbeitsfeldbezogene und gesamtgesellschaftliche Chancen auf Veränderung seien existent, jedoch ebenso gegenläufige Trends und große Herausforderungen. So sei der industrielle Sektor als Infektionsherd nicht heruntergefahren worden: ‚Hinter dieser Art der Systemrelevanz wirkt altbekannte Herrschaft fort‘ (180). Das heterogene Feld der systemrelevanten Berufe sei zudem durch eine ungleiche Verteilung von Machtressourcen durchgezogen, die sich auf die Aufwertung von Berufen wie jener der Kassiererin entscheidend negativ auswirke. Daran anschließend plädieren die Autoren für eine ‚Stärkung von Organisationsmacht‘ (181). Hierzu hoffen sie auf ein ‚neues Einheitsverständnis‘ (183) im Zuge der gemachten Erfahrungen in der Pandemiebewältigung: ‚Es ist ein Anachronismus, dass zeitlich nah beieinander liegende Tarifauseinandersetzungen in höchstmöglicher Nichtkooperation der beteiligten Gewerkschaften stattfinden und damit Organisationsmacht wie kommunikative Machtressourcen liegengelassen werden‘ (182).

Neben Artikeln zur sozialstaatlichen Erneuerung in Kapitel 4 geht es in Kapitel 5 um arbeitsweltliche Herausforderungen, wobei wenig überraschend auch die Herausforderungen der Digitalisierung diskutiert werden. Sarah Nies und Wolfgang Menz beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen. Die Autor*innen begreifen hierbei den Einsatz digitaler Technik durch die Unternehmen nicht primär

als „arbeitskraftbezogene Rationalisierung“, sondern als Umsetzung einer „aktualisierten systemischen Rationalisierung“ (340). So formulieren sie prägnant: „Unsere These ist, dass die mit der Digitalisierung verbundenen Rationalisierungshoffnungen der Unternehmen sich damit vor allem auf das unternehmerische Grundproblem richten, Widersprüche zwischen Markt- und Produktionsökonomie zu bewältigen“ (340). Die Belastungsfolgen für die Beschäftigten stellten hierbei eine Zuspitzung bereits existierender, widersprüchlicher Handlungsanforderungen dar. So sei durch den Einsatz digitaler Technik eine Zunahme eigenverantwortlicher Praktiken im Zuge der verstärkten Marktanbindung zu beobachten. Diese stünden jedoch im Widerspruch zu der Tatsache, dass die Beschäftigten keine Entscheidungsmacht über die Setzung der Rahmenbedingungen gewinnen und die Handlungsbeschränkungen weiter ausgebaut würden.

In Kapitel 6 schließt der Band mit Überlegungen zu den Aufgaben einer progressiven Europapolitik. Als Gesamtfazit kann im Hinblick auf den Jubilären festgehalten werden: Gewerkschaftliche Strategiedebatten „Jenseits der Beschlußlage“ (Hoffmann et al. 1990) als „konstruktives Produkt der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft“ (Ebd.: 13) bündeln sich in der Person von Hans-Jürgen Urban. Dieser Umstand macht sich auch in der vorliegenden Festschrift bemerkbar – ein Lektüregewinn für Alle, die sich diesem Projekt ebenfalls verschrieben haben.

Philippe Haller

Grundkritik des Extremismusansatzes

Maximilian Fuhrmann/Sarah Schulz: „Strammstehen vor der Demokratie. Extremismuskonzept und Staatschutz in der Bundesrepublik.“ Schmetterling Verlag, Stuttgart 2021, 136 S., 12,80 Euro.

Dass die kommunistisch orientierte Tageszeitung „Junge Welt“ dem Vorwurf ausgesetzt wurde, linksextremistisch und verfassungsfeindlich zu sein, passt hervorragend als „Aufhänger“ zu den Ausführungen zum Extremismuskonzept und zum Staatschutz in der BRD, die Maximilian Fuhrmann und Sarah Schulz in ihrem Band „Strammstehen vor der Demokratie“ im April 2021 veröffentlicht haben.¹ In der Antwort auf die von der Linksfraktion im Deutschen Bundestag eingebrachte Kleine Anfrage an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat heißt es dementsprechend: „Beispielsweise widerspricht die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten Klassenzugehörigkeit der Garantie der Menschenwürde. Menschen dürfen nicht zum ‚bloßen Objekt‘ degradiert oder einem Kollektiv untergeordnet werden, sondern der Einzelne ist stets als grundsätzlich frei zu behandeln. Demgegenüber stellt die unbedingte Unterordnung einer Person unter ein Kollektiv, eine Ideologie oder eine Religion die Missachtung des Wertes dar, der jedem Individuum um seiner selbst willen zu-

¹ Siehe auch Sarah Schulz: Traditionell illiberal und antikommunistisch: Die wehrhafte Demokratie, in: Z 124 (Dezember 2020), S. 16-25 sowie die weiteren Beiträge zum Schwerpunkt Kritik der Extremismustheorie in diesem Heft.

kommt.² Allein der Bezug auf eine marxistische oder soziologische Klassenanalyse widerspräche der FDGO, ebenso wie die Subsumierung von Menschen unter soziologische, philosophische oder ethnische Kriterien. Das heißt, hier wird schlicht einerseits die Realität einer Klassengesellschaft mit fundamentalen Spaltungs- und Diskriminierungslinien gelehrt, und dann aber benutzt, um die Kritiker der Verfassungsfeindlichkeit zu zeihen, wenn sie die Realität als eine solche benennen. Dass diese Methode der Tatsachenverdrängung und Kritikverfolgung längst Orwellsche Dimensionen angenommen hat, und das seitens eines Bundesministeriums, sei nur am Rande erwähnt. In diese Reihe der Versuche, linke Organisationen mundtot zu machen, gehören ferner der Entzug der Gemeinnützigkeit von ATTAC und der zeitweilige solche der VVN/BdA, sowie der abgewendete Ausschluss der DKP von der Bundestagswahl 2021. Mit Blick auf die politische Linke heißt die Grundlinie des Staatsschutzes offenbar noch immer: „Stillgestanden – Demokratie!“ (118)

Diese Grundkritik am staatlichen Extremismuskonzept und am Staatsschutz durchzieht den gesamten Text und wird mit zahlreichen bekannten oder weniger bekannten Beispielen überzeugend dargelegt. Schon 1969 kritisierte der ZEIT-Journalist Horst Krüger, dass es in der offiziellen Lesart der bundesdeutschen Innenpolitik vor allem zwei antipodische Katego-

rien gäbe: Extremismus und Demokratie, und dass die Grenzüberschreitung nach links den Ausschluss aus dem Kreis legitimer politischer Akteure bedeute. Was 1956 mit dem KPD-Verbot vollzogen wurde, drängte nach 1972 das Engagement in der DKP und ihr nahestehenden Organisationen an den Rand der Illegalität. Der gleichen Logik folgten im vergangenen Jahrzehnt die vorgenannten Angriffe auf ATTAC, die VVN/BdA und jüngst wieder auf die DKP. Fuhrmann/Schulz zeichnen die historische Grundlinie dieses Vorgehens nach: „Wehrhafte Demokratie“. (16-64) Deren Kern beruht auf der der nationalkonservativen Rechtstradition der Weimarer Republik entstammenden Auffassung, nach der es zwar legales, aber illegitimes politisches Handeln gäbe, das es zu unterbinden gelte, da es „die Freiheit missbraucht“. (28) Nukleus dieses „Freiheitsbegriffs“ war das Regieren mithilfe von Notverordnungen und Ermächtigungen, also der autoritäre Staat im Sinne Carl Schmitts und anderer. Diese staatlich-politische Autopoesie wurde nach 1949 in den Adenauer-Staat transformiert und widerspiegelte sich im Dreiklang „Kanzlerdemokratie“, Wirtschaftswunder und passives Arrangement mit der politischen Demokratie. „Paradoxerweise dient also ein Konzept als Demokratieschutz, in dem unbis antidemokratische Traditionen fortwirken“. (Klappentext)

Das Fortleben dieser Traditionen wird von Fuhrmann/Schulz nachgezeichnet. Dabei wird deutlich, das nach dem ursprünglichen antifaschistischen Fenster von 1945 und dem Prozess der Verfassungsgebung durch das Grundgesetz als partielles Klassengleichgewicht die

² Siehe dazu <https://www.jungewelt.de/kein-marxistillegal/>, Link: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, S. 5, Zugriff am 11. August 2021.

Restauration nach rechts über das politische Strafrecht einsetzte. Nach dem Verbot der neofaschistischen SRP traf der Bannstrahl der politischen Justiz und des neu geschaffenen Verfassungsschutzes in den Jahren nach 1951 über Jahrzehnte hinweg fast ausschließlich die politische Linke, zunächst die FDJ, dann die KPD. Über die Aushöhlung von Grundrechten (Brief-, Post-, Fernmeldegeheimnis etc.) führte der Weg über die Notstandsgesetzgebung zu den Berufsverboten von 1972ff. Die politische Begründung für diese und für die gegenwärtigen Angriffe auf die politische Linke bestand und besteht in zwei bekannten theoretischen Positionen: Totalitarismus und Extremismus. Der „guten Mitte“ werden die bösen Ränder von rechts und links gegenüber gestellt. Dass diese Gleichsetzung bloße Makulatur darstellt und sich der Staatsschutz mit Verve auf die politische Linke wirft, die radikale und sogar gewalttätige Rechte vorwiegend mit Samthandschuhen anfasst machen Fuhrmann/Schulz nicht nur mit dem Verweis auf den NSU-Skandal und auf Hanau deutlich. Sie entlarven an dieser Stelle die Maske des sog. Verfassungsschutzes als Instrument zur Zurückdrängung linker Alternativen.

Dieser Band ist komprimiert und trotzdem theoretisch anregend. Seine Blickrichtung ist ungemein politisch und besorgt um die Substanz unseres politischen Systems und seiner noch vorhandenen demokratischen Spielräume. Für die politische Bildung und für die Politikwissenschaften an den Hochschulen stellt er einen lesenswerten Leitfadens bereit.

Holger Czitrich-Stahl

„Cancel Culture“ – Kritik von links

Ben Burgis, Canceling Comedians While The World Burns: A Critique of the Contemporary Left, Zero Books, Winchester 2021, 136 S., ca. 13 Euro

Es heißt, „Cancel Culture“ sei ein Kampfbegriff von Rechtspopulisten, denen es missfällt, dass ihre Ansichten Kritik und ihre Veranstaltungen Proteste hervorrufen. Aber dies ist nur ein Teil der Wahrheit, wie Ben Burgis, Hochschullehrer für Philosophie an der Georgia State University (USA) und Autor des *Jacobin Magazine*, in seinem Buch zeigt. Für ihn bezeichnet „Cancel Culture“ eine „Denunziations- oder Beschämungskultur“ (80f., Übers. M.Z.), die sich auch gegen Linke richten kann. Das Hauptaugenmerk des Verfassers liegt auf den Konflikten innerhalb der US-Linken.

Burgis nennt u.a. folgende Beispiele: Beim Parteitag der Democratic Socialists of America (DSA) 2019 wurden die Delegierten ermahnt, aus Rücksicht auf geräuschempfindliche Menschen nicht zu klatschen, und ein Redner wurde zurechtgewiesen, weil er das Publikum mit „guys“ („Leute“, aber auch „Typen“) angesprochen hatte. Die linke Publizistin Barbara Ehrenreich wurde auf Twitter mit Rassismusbewertungen überzogen; in einem ironischen Tweet hatte sie die Popularität von Sendungen der japanischen „Aufräumberaterin“ Marie Kondō als Zeichen für den Niedergang der „Supermacht“ USA gewertet. Die Parteiorganisation DSA New York City zog 2020 ihre Schirmherrschaft für einen Online-Vortrag des marxistischen afroamerikanischen Politikwissenschaftlers Adolph Reed zurück. Die Kernthese

des Vortrags hätte gelauret, dass die überproportionale Betroffenheit „rassistischer“ Minderheiten von Corona-Infektionen nichts mit „Rasse“, sondern etwas mit Armut zu tun habe. Reed wurde deshalb des „Klassenreduktionismus“ beschuldigt. Dem Journalisten Aaron Calvin wurde bei der Zeitung *Des Moines Register* gekündigt wegen „intoleranter“ Witze, die er acht Jahre zuvor als 16jähriger Schüler gepostet hatte und wegen derer auf Twitter ein „Shitstorm“ angezettelt worden war.

In seiner Kritik dieser Phänomene bezieht sich Burgis u.a. auf den britischen Kulturtheoretiker Mark Fisher (1968-2017). Dieser hatte 2013 in seinem Essay „Exiting the Vampire Castle“ sogenannte identitäre Online-Auseinandersetzungen als verurteilend, moralisierend, individualisierend und essenzialisierend charakterisiert. Daran anknüpfend sieht Burgis in der „Very Online Left“ (86) einen Ausdruck politischer Ohnmacht und eine Art puristische Bewegung, die sich mit „Psychodrama“ beschäftige, aber von praktischer Politik in Partei und Gewerkschaften fernhalte.

Der Verfasser zeigt, dass „Cancel Culture“ nicht nur eine rechte Fiktion ist, dass sie aber rechter Ideologie unnötig Angriffsfläche sowie Stoff für Propaganda liefert. Seine essayistische und zuweilen assoziative Schreibweise macht den Text leicht zugänglich; gleichzeitig bleiben weiterreichende Fragen zu dem nicht nur in den USA diskutierten Thema unbeantwortet, etwa nach der sozialen Basis der „Cancel Culture“, von der es heißt, sie werde maßgeblich von Angehörigen der „Professional-Managerial Class“ (84) gestellt. Erstaunlich ist, dass die Inter-

netplattformen und Konzerne, ohne die die genannten Kampagnen nicht möglich wären, keiner eingehenden Analyse unterzogen, sondern als gegeben akzeptiert werden. Doch für einen Einstieg ins Thema eignet sich das Buch allemal.

Michael Zander

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Dr. Matin Baraki – Marburg, Lehrbeauftragter für Internationale Politik

Dr. Hans Günter Bell – Köln, Sozialwissenschaftler, Stadtplaner

Dr. Stefan Bollinger – Berlin, Historiker, Z-Redakteur

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. habil. Ulrich Busch – Berlin, Finanzwissenschaftler

Dr. Holger Czitrich-Stahl – Berlin, Historiker und Lehrer

Dr. Diether Dehm – Eiterfeld, Psychosomatiker, ehem. MdB f. SPD u. Die Linke, Autor, Komponist, Musikverleger

Dominik Feldmann, M. Ed. – Olpe, Politikwissenschaftler, Z-Red.

Prof. Dr. Andreas Fisahn – Bielefeld, Rechtswissenschaftler, Hochschullehrer

Christian Frings – Köln, Autor und Übersetzer

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg, Historiker

Franz Garnreiter – Rosenheim, Dipl. Volkswirt, Energiewissenschaftler, isw-München

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Philippe Haller – Darmstadt, Student der Soziologie

Dr. mult. Ulrich van der Heyden – Berlin, Visiting Research Professor University of South Africa, Pretoria; Humboldt-Universität

Martin Kampa, BA Soziale Arbeit, MA Sozialwissenschaften – Magdeburg; Sozialarbeiter

Dr. Sabine Kebir – Berlin, Philosophin, Privatdozentin

Juri Kilroy – Berlin, freier Autor

Prof. Dr. Hermann Klenner – Berlin, Rechtswissenschaftler

Malte Kornfeld – Marburg Student der Politikwissenschaften

Yannick Laßhof, B.A. – studiert Internationale Beziehungen/Friedens- & Konfliktforschung in Frankfurt/M. und Darmstadt.

Dr. André Leisewitz – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Redakteur

Dr. Konrad Lotter – Kleinberghofen, Philosoph, Lehrbeauftragter LMU München; Mitherausgeber von „widerspruch“ (München)

Christoph Marischka – Tübingen, Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung e.V.

Prof. Fred Moseley – South Hadley, Massachusetts/USA, emer. Professor für Wirtschaftswissenschaften, Mount Holyoke College

Dirk Müller – Jena, Stud. der Soziologie und Philosophie

Prof. Dr. Klaus Müller – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Christof Ostheimer – Neumünster,

Tierarzt, ver.di-Bezirksvorsitzender Südholstein, Bundesarbeitsausschuss Friedensratschlag

Doz. Dr. habil. Georg Quaas – Leipzig, Hochschullehrer VWL

Prof. Dr. Werner Ruf – Kassel, Politikwissenschaftler

Dr. David Salomon – Dreieich, Sozialwissenschaftler, Z-Redakteur

Katharina Schramm – Berlin, Studentin der Volkswirtschaftslehre

Joachim Schubert – Mannheim, ehem. Betriebsrat ALSTOM

Joshua Seger, M.A. Soziologie – Darmstadt, Gewerkschaftssekretär mit Schwerpunkt Jugend, IG Metall Darmstadt

Prof. Dr. Georg Stamatis – Athen, Wirtschaftswissenschaftler, emeritierter Hochschullehrer

Joshua Stoesz, B.A. – San Antonio/USA, studiert Global Affairs and Security Studies an der Univ. of Texas

Anna Weber – Berlin, Doktorandin der Politikwissenschaft, Dozentin

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechts-Extremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur

Dr. Michael Zander, Dipl.-Psych. – Berlin, vertritt eine Prof. für Rehabilitationspsychologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Z-Redakteur

Prof. Dr. Qiang Zhu – Xi'an, VR China, Fakultät für European Studies, Xi'an International Studies University